

WIR SIND DIE ZUKUNFT



Newsletter Nr. 04/2024 „Wir sind die Zukunft“
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
www.wir-sind-die-zukunft.net

INHALT

- **Infos aus dem KJHA vom 09.04.2024**
- **Online-Jugendbefragung startet**
- **Online-Plattform des Bayerischen Aktionsplans QUEER**
- **Gamesfestival24 – New worlds**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

INFOS AUS DEM KJHA VOM 09.04.2024

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit Verwaltungs- und Personalausschuss, Sozialausschuss und Bildungsausschuss

TOP 1 – FÖRDERUNG BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS (BE); Stellungnahme der Stadtverwaltung zum 7. Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement München

Norbert Huber (Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement) erläuterte die aktuellen Befunde zum Bürgerschaftlichen Engagement. Demnach sei grundsätzlich ein Anstieg des Interesses und der Zahlen der Menschen zu verzeichnen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen. Ein Beleg dafür sei z.B. die Freiwilligenmesse, deren Besuchszahlen deutlich angewachsen sind. Im Bereich der Jugendarbeit und des spontanen ehrenamtlichen Engagements seien besondere Wachstumsraten zu erkennen gewesen. Allerdings seien auch die Krisen in der Gesellschaft im Bereich Bürgerschaftliches Engagement spürbar: die soziale Schere klaffe immer weiter auf, die demokratische Zivilgesellschaft ist durch politische Spaltungsprozesse bedroht. Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren wollen, stünden deshalb unter zunehmendem Druck – seien aber als Fundament für eine funktionierende Demokratie unersetzlich. Deshalb sei die Landeshauptstadt gefordert, auch kleinere Verbände und deren Angebote für Bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen.

Beim Engagement selbst werden zunehmend Ungleichheiten sichtbar: Während sich 50 Prozent der Menschen mit einem formal höheren Bildungsgrad engagieren – seien es bei Menschen mit einem niedrigeren Bildungsgrad nur rund 25 Prozent. Im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung engagieren sich ca. 40 Prozent der Menschen ehrenamtlich; unter Menschen mit Migrationserfahrung seien dies 27 Prozent. Daraus lasse sich aber nicht ableiten, dass sich diese Menschen grundsätzlich weniger einbringen – vielmehr engagieren sie sich vorrangig in eigenen Communities, die in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar sind und deshalb nicht in den Bericht eingeflossen sind. Daraus ergebe sich die Forderung, dass Bürgerschaftliches Engagement aus dem Kreis von Menschen mit Migrationserfahrungen sichtbar gemacht werden müsse – der Fachbeirat schlug dazu ein Hearing entsprechender migrantischer Organisationen und Vertreter*innen vor.

Wichtig sei auch, dass vorhandene Räume für Bürgerschaftliches Engagement zugänglich gemacht werden müssen – insbesondere für die migrantischen Communities.

Der Fachbeirat wies in seinem Bericht außerdem auf den Zusammenhang zwischen Ganztagsbetreuung und Bürgerschaftlichem Engagement hin. Hier sei zwar zu begrüßen, dass die Mittagsbetreuung nun die Vorgaben für Ganztagsbetreuung erfüllen – der Begriff Mittagsbetreuung greife jedoch zu kurz, weil dabei auch weitergehende (ehrenamtliche) Leistungen erbracht werden. In diesem Bereich müsse die Vergütung angepasst werden. Der Fachbeirat kam darüber hinaus zu dem Schluss, dass zur Einbindung der außerschulischen Partner in den Ganztags ein Community-Management installiert werden soll, das die Angebote koordiniert. Schließlich seien Konzepte zu entwickeln, wie Kinder und Eltern in die Angebote des Ganztags eingebunden werden können.

Bürgerschaftliches Engagement sei insgesamt unverzichtbar – für den Einzelnen und die Gesellschaft. Im Bürgerschaftlichen Engagement erfahren die Menschen Selbstwirksamkeit und Befriedigung – sie können Gesellschaft aktiv mitgestalten; Bürgerschaftliches Engagement sei deshalb zutiefst demokratiefördernd.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) bedankte sich beim Fachbeirat für den detaillierten Bericht. Er selbst sei durch Bürgerschaftliches Engagement schließlich in der Politik gelandet. Er unterstrich, dass Engagement aus dem Bereich der Menschen mit Migrationserfahrung unbedingt sichtbar gemacht werden müsse und diese Menschen, wenn sie in die Öffentlichkeit treten, auch vor Anfeindungen geschützt werden müssen, die sie leider immer wieder erfahren. Diese Menschen benötigten beispielsweise Zugang zur Rechtsberatung der Stadt – ähnlich wie die Mitglieder des Stadtrats. Insgesamt schätzte er München als beispielgebend im Bereich Bürgerschaftliches Engagement ein. Nun sei aber der Zeitpunkt, um die Menschen, die beispielsweise zu Hunderttausenden gegen einen Rechtsruck in der Gesellschaft auf die Straße gehen, abzuholen, in dem man ihnen Angebote für Bürgerschaftliches Engagement macht. Das würde auch die Planungssicherheit der Vereine verbessern.

StRin Nimet Gökmenoğlu (Die Grünen/Rosa Liste) bedankte sich ebenfalls beim Fachbeirat, den Referaten und dem Direktorium der Landeshauptstadt für diesen Bericht. Erfreulich sei die hohe Zahl von Gruppen der Selbstorganisation – gleichzeitig zeigte sie sich bestürzt darüber, dass Bürgerschaftliches Engagement in so starkem Maße mit Armutserfahrungen gekoppelt ist. Zudem schlug sie eine strukturierte Diskussion darüber vor, wie Begrifflichkeiten im Kontext von Bürgerschaftlichem Engagement geschärft werden und damit die verschiedenen Formen von Bürgerschaftlichem Engagement besser erfasst werden können. So könne man mehr Kenntnis über derartiges Engagement erlangen, das bisher in wenig sichtbaren Communities stattfinden würde. Dem Vorschlag eines Hearings und der Forderung nach Schaffung bzw. Öffnung von Räumen für Bürgerschaftliches Engagement stimmte sie ausdrücklich zu.

Auch StRin Lena Odell (SPD/Volt) dankte dem Fachbeirat. Sie zeigte sich ebenfalls betroffen darüber, dass der soziale Status so eng mit dem Grad von Bürgerschaftlichem Engagement zusammenhängt: Wer wenig Geld hat, muss oft mehr arbeiten und hat damit weniger Zeit für Bürgerschaftliches Engagement. Dieser Zusammenhang müsse aufgelöst werden. Zu bedenken gab sie zudem, dass umfassende Angebote im Ganztage möglicherweise dazu führen können, dass weniger Zeit für Bürgerschaftliches Engagement bleibe. Hier sollte man überlegen, ob ehrenamtliche Tätigkeiten nicht auch als Schulzeit anerkannt werden könnten.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer, Federführung der ARGE Freie) sprach im Namen der ArGe der Wohlfahrtsverbände ebenfalls ihren Dank an den Fachbeirat aus. Sie erkannte darin den Willen, Bürgerschaftliches Engagement in der Stadt wirklich sichtbar zu machen. Sie fragte in dem Zusammenhang nach, warum der Migrationsbeirat im Bericht keine Erwähnung findet. Das sei vor dem Hintergrund eines als unterdurchschnittlich festgestellten Engagements von Migrant*innen nicht nachvollziehbar. Zudem zeigte sie sich von manchen Stellungnahmen der Verwaltung enttäuscht, beispielsweise dass bei der Antwort des RBS zu den Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern nicht die tatsächliche Ist-Situation dargestellt wurde, sondern

nur auf die entsprechenden Rahmenkonzeption verwiesen wird. Diese Konzeption sei in vielen Teilen noch nicht umgesetzt. Außerdem sei das Sozialreferat eine Stellungnahme zum Thema „Junges Engagement“ schuldig geblieben.

Neben Menschen mit Migrationserfahrungen waren auch Menschen mit Behinderungen für StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) nur unzureichend im Bericht erfasst. Sie dankte dem Fachbeirat und den vielen Ehrenamtlichen in der Stadt für ihre Arbeit, wies aber darauf hin, dass auch Menschen mit Behinderung durchaus bereit und in der Lage seien, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Ihr sei wichtig, immer wieder deutlich zu machen, dass die Stadt die Voraussetzungen dafür schafft, dass Arbeit, Familie und Bürgerschaftliches Engagement vereinbar sind. Im Übrigen seien Ehrungen wie „München leuchtet“ enorm wichtig, um dieses vielfältige Engagement sichtbar zu machen.

Elisabeth Hagl (Münchner Trichter) bedankte sich ebenfalls beim Fachbeirat und wies aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe auf das Thema Inklusion hin. Sie betonte die Bedeutung des Projekts „Freizeit Hoch 2“ und fragte, ob dieses auch Kinder und Jugendliche unterstützen könne, oder ob die zeitliche Ausweitung von „Schulbegleitungen“ hilfreich sein könnte. Sie unterstrich, dass der Bericht auch die großen Lücken im Raum für Engagement und Beteiligung im Ganztage aufzeige und wünschte sich beim Thema Ganztagsbetreuung eine strukturell gleichwertig verankerte Verantwortungsgemeinschaft zwischen RBS und Sozialreferat/Stadtjugendamt. Auch für sie kam im Bericht das Thema „Junges Engagement“ zu kurz. Einerseits müsse man in diesem Zusammenhang erkennen, dass sich Formen und Inhalte des jungen ehrenamtlichen Engagements ändern – junge Menschen aber sehr wohl einen Beitrag für die Gemeinschaft leisten wollen. Gleichzeitig müssen die Barrieren identifiziert werden.

Peter Scheifele (Stadtdirekt, Sozialreferat) bestätigte die Vorredner*innen in ihren Statements. Die Landeshauptstadt wolle den KOGA (Kooperative Ganztage) weiter ausbauen. Parallel dazu werde die Mittagsbetreuung aufgewertet. Die Stadt werde die Träger dabei unterstützen und zusätzliche freiwillige Leistungen aufbringen, die eigentlich das Land bereitstellen müsse. Er ergänzte, dass bei der Sozialraumorientierung des KOGA durchaus noch mehr Anstrengungen nötig und möglich seien – auch die Einbindung der Kinder müsse konkretisiert und in ein Konzept gefasst werden. Für einen gemeinsamen Elternbeirat von KOGA und Grundschule sei eine Gesetzesänderung nötig. Allerdings wisse er aus der Praxis, dass vor Ort individuelle pragmatische Lösungen gefunden würden, um eine solche Elternvertretung zu sichern.

Abschließend erläuterte Dorothee Schiwy (Sozialreferentin), dass die Stellungnahmen zur Beteiligung von Kindern bzw. der Einbindung der Eltern deshalb nicht vorlägen, weil das Referat über massiv mit dem Thema Kinderschutz belastet war. Sie versprach, dazu mit den frei-gemeinwohlorientierten Trägern das Gespräch zu suchen.

Beschluss Kinder- und Jugendhilfeausschuss: einstimmig angenommen

Beschluss Verwaltungs- und Personalausschuss: einstimmig angenommen

Beschluss Sozialausschuss: einstimmig angenommen

Beschluss Bildungsausschuss: einstimmig angenommen

Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss

TOP 1 – ERRICHTUNG EINER KINDERTAGESEINRICHTUNG für 2 Krippen-, 2 Kindergärten- und 2 Hortgruppen an der Ittlingerstr. 38, 24. Stadtbezirk und TOP 2 – ERRICHTUNG EINES HAUSES FÜR KINDER mit 2 Krippen- und 2 Kindergartengruppen am Münchfeld 55 auf dem ehemaligen Diamaltgelände MI (DIA3) 23. Stadtbezirk

Ohne Aufruf einstimmig beschlossen

TOP 3 – AUFARBEITUNG DER MISSSTÄNDE bei der Unterbringung von Kindern durch die Landeshauptstadt München seit 1945: Vierte Finanzierung der Soforthilfen

StRin Barbara Likus (SPD/Volt) zeigte sich sehr zufrieden, dass diese Beschlussvorlage behandelt wird. Es zeige sich, dass man nicht nachlassen dürfe, dieses Thema zu bearbeiten. Die Öffentlichkeitsarbeit zur Entschädigung der Opfer habe bewirkt, dass sich weitere Betroffene gemeldet hätten, an die diese zusätzliche eine Million Euro nun zeitnah ausgegeben werden kann. Die Stadt setze damit ein klares Zeichen, dass an dieser Stelle nicht gespart wird und sich München zu seiner Verantwortung bekennt. Sie bedankte sich bei der Kommission und dem Betroffenenbeirat für die herausragende Arbeit und zeigte sich auch darüber zufrieden, dass nun ein fairer Kriterienkatalog für die Anerkennung als Opfer erarbeitet wurde. Das bestätigte auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei), der ergänzte, dass die Kommission gut gearbeitet habe, um die Mittel aufstocken zu können.

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) bemerkte, dass in der Auseinandersetzung mit diesem Thema immer gelten müsse, dass die Würde des Menschen unantastbar sei. Die Stadt bekenne sich zu ihrer Schuld, was den Kindern in städtischen Einrichtungen damals angetan wurde. Sie erkundigte sich gleichzeitig, ob die Stadt auch bei den damaligen sogenannten „Verschickungskindern“ involviert gewesen sei, worauf Esther Maffei (Stadtjugendamt) antwortete, dass die Stadt dabei nur in wenigen Einzelfällen involviert war. Mit diesen Personen stehe man auch in Kontakt.

Für StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) zeige sich in dem Beschluss, dass die Stadt anders mit den Vorfällen der Vergangenheit umgehe als andere Institutionen. Die Arbeit der Kommission bewertet sie als äußerst wertvoll.

Beschluss einstimmig angenommen

TOP 4 – BESCHLUSSVOLLZUGSKONTROLLE Kinder- und Jugendhilfeausschuss

StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) wies auf den dringenden Bedarf der Nachbesetzung der Stelle der Mädchen*beauftragten hin. Es können nicht länger gewartet werden – eine Besetzung und Berichterstattung in der zweiten Jahreshälfte 2024 ist nicht akzeptabel.

Zu dieser Vorlage wies StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) darauf hin, dass es auch bei der Großtagespflege zu einer schnellen Lösung kommen müsse und Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Nur Bekanntgabe

TOP 5 – RAHMENVERTRAG Lebensmittelbedarf in städtischen Kindertageseinrichtungen zur Umsetzung des Verpflegungsangebotes Cook & Serve (Frischkost)

Zunächst erkundigte sich StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) danach, wie sichergestellt werden könne, dass die festgelegten Bio-Lebensmittel keine sogenannte „Flugware“ sind, die zu schädlichen Emissionen führen. Darüber hinaus wollte er wissen, warum ein Vertrag mit dem Lieferanten nur für ein Jahr (mit der Option auf ein weiteres Jahr) abgeschlossen werden soll. Eine zweijährige Vertragslaufzeit würde für den Lieferanten eine bessere Planbarkeit bedeuten.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) fragte anschließend nach, wann und in welchem Umfang das RBS seinem im Dezember 2023 erteilten Prüfauftrag nachkommen werde. In der damaligen Beschlussvorlage war formuliert worden, dass das RBS prüfen solle, inwieweit auch die frei-gemeinwohlorientierten Träger von der Bezuschussung der Frischkost-Zubereitung profitieren werden. Bislang ist dieser Zuschuss nur für die städtischen Träger vorgesehen. Die aktuelle Lösung in der Richtlinie zum Defizitausgleich sei ja nicht das Ergebnis des Prüfauftrags, sondern den Verhandlungen zwischen Freier Wohlfahrtspflege und Stadtratsfraktionen geschuldet.

Das Referat erwiderte auf die Frage nach der Flugware, dass der Lieferant das vertraglich zu sichern müsse – eine 100-prozentige Kontrolle sei jedoch nicht möglich. Man werde zudem auf die einschlägigen Siegel setzen, um so die geforderte Qualität sicherzustellen. Die einjährige Laufzeit des Vertrags begründete das Referat damit, dass mögliche Bieter eine längere Vertragslaufzeit möglicherweise abschrecken würde. Beim Prüfauftrag für die Frischkost wurde auf die Bezuschussung von 3,50 Euro im neuen Defizitverfahren verwiesen.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) wies erneut darauf hin, dass ihre Frage nach dem Prüfauftrag mit der getätigten Aussage noch nicht beantwortet sei. Dieser Prüfauftrag bleibe auch dann bestehen, wenn in Gesprächen zwischen den Fraktionen und der Arge Freie ein vorläufiges Ergebnis erzielt werden konnte.

Das Sozialreferat antwortete darauf, dass dieser Prüfauftrag nun in die Begleitgruppe eingebracht würde.

Beschluss einstimmig angenommen

Zusammengestellt von Marko Junghänel

ONLINE-JUGENDBEFragung STARTET

Am 1. Mai startet die 4. Münchner Online-Jugendbefragung. Sie läuft bis zum 15. Juni 2024. Alle Münchner*innen zwischen 16 und 24 Jahren haben hier die Möglichkeit, Fragen rund um Schule und Ausbildung, Freizeit, Sicherheitsgefühl, Mobilität, Diskriminierungserfahrungen, Mitbestimmungsmöglichkeiten u.v.m. zu beantworten. Die Antworten werden dem Münchner Stadtrat vorgelegt. Der Zugang zum Fragebogen erfolgt über www.jugendbefragung-muenchen.de

Wer noch Fragen hat oder an Werbematerialien (SharePics, Plakate, Postkarten) interessiert ist, kann sich an Anne Rathjens (a.rathjens@kjr-m.de) wenden.

ONLINE-PLATTFORM DES BAYERISCHEN AKTIONSPANS QUEER

Seit Februar gibt es die Möglichkeit, online auf der Website www.aktionsplan-queer.bayern Ideen und Vorschläge für einen „Bayerischen Aktionsplan QUEER. Miteinander stärken. Diskriminierung überwinden“ einzureichen. Konkret formulierte Einreichungen werden vom Moderationsteam an Arbeitsgruppen weitergereicht, welche Leitgedanken und Maßnahmen für einen Aktionsplan QUEER erarbeiten. Alle praktikablen Anregungen werden ab 2025 durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales auf ihre Umsetzbarkeit überprüft.

GAMESFESTIVAL24 – NEW WORLDS

Das GamesFestival ist in seinen Formaten ein Kind seiner Zeit: digital, vernetzt, wandelbar und flexibel. Sein Gegenstand ist digitale Spielkultur in all ihren Facetten. Es zeichnet sich durch eine Vielfalt von Zugängen aus: Ausstellungen, Workshops, Talks, Play Jams und mehr. Es zielt auf soziale, kulturelle und technologische Themen ab. Es bietet Raum für Neugier, Kreativität, Reflexion und Diskurs.

Veranstaltet wird das partizipative Festival von der ComputerSpielAkademie (CSA) des Medienzentrum München des JFF – Institut für Medienpädagogik, dem Pathos Theater und dem Bayerischen Jugendring.

Das vielfältige Programm, das von 2. bis 5. Mai, im Gasteig FatCat, stattfindet, ist auf der Website <https://gamesfestival.de> zu finden. Die Veranstaltung ist kostenfrei.

VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Erzähl- und Geschichtenwerkstatt**
Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.
Wann: 27.04.2024, 9:30 – 13:00 Uhr
Wo: KIDS im Jugendinformationszentrum, Sendlinger Str. 7
Kosten: 20,00 €
Anmeldung: fortbildung@spiellandschaft.de

Was: **Online-Seminar „Rechtliche Grundlagen für die medienpädagogische Praxis – Datenschutz, Urheberrecht & Persönlichkeitsrechte“**
Wer: Medienweiterbildung / JFF
Wann: 08.05.2024, 11:00 – 12:30 Uhr
Wo: online
Kosten: keine
Anmeldung: <https://www.medien-weiter-bildung.de/veranstaltung/online-seminar-rechtliche-grundlagen-fuer-die-medienpadagogische-praxis-2024/>

DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 07.05.2024

Bericht vom KJHA vom 30.04.2024

IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ

Das Redaktionsteam

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Anne Rathjens, Grundsatzreferentin KJR München-Stadt, Marko Junghänel

Verantwortlich für die Inhalte

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Datenschutz

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.